

Forum Zugängliche HIV-Prophylaxe

# Bundesrat soll HIV bekämpfen

Erstmals in der Geschichte könnten wir HIV besiegen. Der Bundesrat wird aufgefordert, die dafür notwendigen Massnahmen zu ergreifen.

Von Angelo Barrile

Seit der Entdeckung des HI-Virus und der dadurch verursachten Krankheit Aids vor über drei Jahrzehnten hat sich viel getan. Durch konsequente Präventionsarbeit sind die HIV-Neuansteckungen massiv zurückgegangen. Mit dem Virus infizierte Menschen können dank Medikamenten einen nahezu normalen Alltag leben. Aber obwohl die Diagnose nicht mehr das Todesurteil bedeutet, ist noch keine Heilung möglich. Somit bleibt die Prävention, also die Verhinderung von Neuansteckungen, die einzig erfolgreiche Massnahme.

In der Schweiz engagiert man sich seit Jahren für die Reduktion der HIV-Neuansteckungen, indem klare und eingängige Safer-Sex-Regeln über verschiedenste zielgerichtete Kommunikations- und Werbekanäle kommuniziert werden. Trotzdem verharrt die Zahl der HIV-Neuansteckungen bei über 500 im Jahr. Neben der klassischen Anwendung eines Kondoms haben sich die Präventionsmöglichkeiten in den letzten Jahren stark erweitert. So können HIV-Infektionen durch eine medikamentöse Prophylaxe wie PrEP wirksam vermieden werden. Ebenfalls wissenschaftlich bestätigt ist, dass bei bereits erfolgten Infektionen die Weitergabe des Virus durch konsequente Therapien von erkrankten Menschen vermieden wird.

PrEP steht für Präexposition prophylaxe und bedeutet die Verwendung eines HIV-Medikamentes in niedriger Dosierung bei HIV-negativen Menschen, um diese vor einer Ansteckung zu schützen. Wird die PrEP unter ärztlicher Verordnung richtig und regelmässig angewendet, ist sie nachgewiesenermassen genauso zuverlässig wie die Anwendung eines Kondoms. Die PrEP wird nur für gewisse besonders gefährdete Menschen empfohlen. Die zwei dafür zugelassenen Medikamente sind zwar in der Schweiz erhältlich, müssen aber von den Betroffenen selbst bezahlt werden und sind deutlich teurer als im Ausland. Aus Ländern, die die PrEP vergünstigt haben, wissen wir, dass mit einem niederschweligen Zugang für besonders gefährdete die Neuansteckungsrate mit HIV massiv gesenkt wer-



den konnte. Gemäss der Weltgesundheitsorganisation (WHO) besteht erstmals die Möglichkeit, das HI-Virus zu besiegen.

In Anbetracht der Daten, die nun vonseiten der Wissenschaft vorliegen, und der positiven Erfahrungen in anderen Ländern ist nun in der Schweiz die Politik gefragt. Als Arzt und Politiker stehe ich hier in der Verantwortung. Wir könnten die Ansteckung mit einer unheilbaren Erkrankung verhindern, die betroffenen Menschen verzichten aber darauf, weil das Medikament zu teuer ist oder es auf dubiosen Weg im Ausland ohne ärztliche Kontrolle besorgt wird. Da läuft doch etwas schief! Wir könnten viel Leid sowie kostenintensive Behandlungen von HIV-infizierten Menschen vermeiden und tun es nicht. Wir müssen dafür sorgen, dass die Empfehlungen der WHO, der dafür zuständigen Eidgenössischen Kommission

**«Wir könnten viel Leid sowie kostenintensive Behandlungen von HIV-infizierten Menschen vermeiden.»**

für sexuelle Gesundheit sowie auch der Wissenschaft und der Ärztinnen und Ärzte umgesetzt werden.

Aus diesem Grund habe ich in der letzten Session eine Interpellation eingereicht. Ich frage den Bundesrat und fordere dadurch von ihm eine Stellungnahme zum Thema: Ist er bereit, die Empfehlungen zu prüfen? Wie stellt er sicher, dass besonders gefährdete Gruppen Zugang zu allen Methoden der HIV-Prävention haben? Ist er bereit, einen kostengünstigeren Zugang zur PrEP anzustreben?

Ich bin zuversichtlich, dass die Politik diese einmalige Chance packen wird, und freue mich, dass wir in Zukunft noch mehr HIV-Infektionen verhindern können. Das schulde ich meinen Patientinnen und Patienten, das schulden wir alle den gefährdeten Menschen.

Kommentar

## Würdigung der Umstände – auch bei Rasern

Es ist ein wichtiges Ziel, das Via Sicura verfolgt: Die Zahl der schwer verletzten oder getöteten Personen im Strassenverkehr soll gesenkt werden. Und die Schweiz ist auf gutem Wege. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Unfälle infolge überhöhter Geschwindigkeit gesunken – allerdings begann dieser Trend schon vor dem Inkrafttreten des Massnahmenpakets. Raser werden seither zu Recht deutlich härter bestraft: Wer für ein



Sidonia Küpfer  
Leitung 1. Bund

sidonia.kuepfer@shn.ch

**«Das Bundesgericht will diesen Spielraum in beide Richtungen nutzen.»**

solches Delikt verurteilt wird, bekommt mindestens ein Jahr Gefängnis und zwei Jahre Fahrtausweisentzug. Nun sollen diese harten Strafen etwas gemildert werden: Richter sollen unter besonderen Umständen auch tiefere Strafen aussprechen können. Wozu Raser schonen?, mag man sich fragen. Doch darum geht es nicht. Ihnen will man lediglich einen zentralen Grundsatz unseres Rechtssystems angedeihen lassen: dass jedes Vergehen unter Würdigung der Umstände bewertet wird. Das Bundesgericht will sich diesen Spielraum ebenfalls zurückholen und hat auch ein Beispiel geliefert, wann es für eine tiefere Strafe plädieren würde: bei einer Tempolimit, die nicht aus Sicherheits-, sondern aus ökologischen Gründen vorübergehend herabgesetzt wurde. Das dürfte nur in den seltensten Fällen eintreten? Stimmt. Doch gerade weil das Leben unzählige Varianten von Situationen mit sich bringt, müssen Richter etwas Spielraum haben. Und das Bundesgericht hat auch erklärt, dass es diesen Spielraum in beide Richtungen nutzen will: für mildere, aber auch für härtere Bestrafungen von Rasern.

## Leserbriefe

### Grosskundgebung in Bern ist unumgänglich

Das Jahr 2017 ist Geschichte. Der Chefredaktor der Zeitung «Schweizer Bauer», Ruedi Haudenschild, hat in der Ausgabe seiner Zeitung vom 30. Dezember 2017 auf eindrückliche und einprägsame Art einen globalen Lagebericht der Landwirtschaft veröffentlicht. Der Bericht ist erschütternd, und die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache. Es gibt dabei nichts zu beschönigen. Die Lage auch für uns Schweizer Bauern ist ernst, sehr ernst sogar! Markus Ritter und der Schweizer Bauernverband (SBV) wurden vom Bundesrat mit der Ernährungs-Initiative nach allen Regeln der Kunst über den Tisch gezogen. Die gewonnene Abstimmung ist für uns Bauern ein «Pyrrhussieg».

Mehr Vorschriften, Pseudo-Ökologisierung und vor allem der nun in der Verfassung festgeschriebene Freihandel sind für die schweizerische Landwirtschaft eine Katastrophe. Das Verhalten unserer Landesregierung ist nicht mehr akzeptabel. Der Bundesrat, allen voran Herr Schneider-Amann, gehört ausgewechselt. Das Wohl unseres Volkes und mit ihm auch das der Schweizer Bauern steht nicht im Zentrum ihres Handelns. Es geht nur noch um schnellen Profit für einige wenige, und dies um jeden Preis. Wir Schweizer Bauern können nicht

mehr warten. – Will der SBV nicht in Kauf nehmen, dass in ganz kurzer Zeit sehr viele Bauernhöfe aufgegeben werden, muss entschieden zu Kampf und Protestmassnahmen geschritten werden, auch auf dem Bundesplatz. Uns Bauern geht der «Schnauf» aus, und unsere Gegner wissen das! Ich rufe den SBV und andere landwirtschaftliche Verbände auf, sofort die nötigen politischen Massnahmen zu ergreifen, bevor es zu spät ist. Ihr seid es Euern Bauern und unserem Volk schuldig. Wer versorgt uns in Krisenzeiten oder bei gestörter Zufuhr mit Nahrungsmitteln, wenn es den Schweizer Bauernstand nicht mehr gibt? Niemand!

Patrick Monhart  
Bauer in Wildensbuch

### Schaffhausen tickt abends nicht im Takt

Leider hinken die Verbindungen von Zürich nach Schaffhausen auch dieses Jahr in Sachen Halbstundentakt nach 21 Uhr den anderen Kantonshauptorten hinterher. Schaut man die Verbindungen von Zürich HB in alle umliegenden Kantonshauptorte an, muss man feststellen, dass ausser nach Schaffhausen all diese Orte halbstündlich bis mindes-

tens um 23 Uhr bedient werden. Nach Schaffhausen ist ab 21.05 Uhr fertig lustig. Die S-Bahnen, die zwar auch noch in unsere Richtung verkehren, brauchen glatte 20 Minuten länger, sind keine wirkliche Alternative und können mit dem Städtevergleich nicht mithalten. Woran liegt das? Offenbar weniger an den SBB als vielmehr bei unserer Regierung. War doch dieses Anliegen einer der Schwerpunkte im Verkehrsdossier 2017. Was ist daraus geworden? Weiter steht im Legislaturprogramm 2017–2020 unserer Regierung Folgendes: «Die Standortqualität hängt wesentlich von guten Verkehrsverbindungen und einer effizienten Bewältigung des wachsenden Verkehrsaufkommens ab. Die Verkehrsinfrastruktur ist daher weiter zu verbessern. Nebst den strategischen Zielen einer besseren Anbindung an den Wirtschaftsraum Zürich, einer guten Verkehrserschliessung der Kantonshauptstadt und der definierten Entwicklungsschwerpunkte strebt der Kanton eine konsequent vernetzte Planung von öffentlichem, privatem und Langsamverkehr an.» Die Unterzeichnenden hoffen, dass sich die Regierung dieses Jahr dieses Anliegens annimmt, damit auch Schaffhausen beim nächsten Fahrplanwechsel im Halbstundentakt mitticken kann.

Vreni Uhlmann und Heiner Scheurer  
Schaffhausen

## Pressestimmen Zur Rede von Mahmud Abbas

### Tages-Anzeiger

«Der Friedensprozess ist tot. Das zarte Pflänzchen Hoffnung hat Donald Trump zertreten; die Israelis wiederum säen ihre eigene Saat. Und nun hat, zur Vergeltung, die Führung der Palästinensischen Befreiungsunion eine Pflanze geköpft, die während des Oslo-Friedensprozesses 1993 in die Erde gesetzt worden war: die Anerkennung des Staates Israel.» (Tages-Anzeiger)

### HAARETZ

«Es ist offensichtlich, dass Netanyahu Abbas' Rede gefällt. Netanjahus Zufriedenheit führt Israel in den Abgrund. Der Premierminister verdrängt den Ursprung des Problems: die Tatsache, dass Millionen von Palästinensern unter auswegloser Besatzung gehalten werden. Er schlägt keine Lösung vor, abgesehen von hohlen Phrasen, die vor allem die Kritik von links und von rechts verstummen lassen sollen. Er verzichtet auf eine Annäherung zu Abbas und schiebt die Schuld auf die Gegenseite.» (Haaretz)

### THE JERUSALEM POST

«Die jüngste Rede von Palästinenserpräsident Abbas ist eine weitere Mahnung, dass er sich in der Rolle eines paranoiden Nein-Sagers wohler fühlt als in der eines Anführers mit einer Zukunftsvision. Es mag ihm gelingen sein, die Gewalt zu zügeln, als er 2004 die Führung von Jassir Arafat übernahm. Die Autonomiebehörde bleibt aber korrupt. Abbas nutzt Trumps Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels nur für noch mehr Unnachgiebigkeit. Stattdessen sollte er sie nutzen, in Verhandlungen mit Israel mehr Zugeständnisse zu erreichen.» (Jerusalem Post)

### AL AYAM

«Es ist absehbar, dass die USA die Unterstützung für die Palästinensische Autonomiebehörde weiter zurückfahren. Auch werden die USA versuchen, den Zugang der Palästinenser zu internationalen Organisationen einzuschränken. Sie werden im UNO-Sicherheitsrat jede Resolution zugunsten der Palästinenser blockieren und weiter jenen Ländern drohen, die die Palästinenser unterstützen. Darum sind für die Palästinenser innere Einheit und enge politische Zusammenarbeit wichtig.» (Al-Ayyam)